

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift:
Tageblatt Riesa,
Bernauer Str. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großenhain, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580,
Verlag:
Riesa Nr. 52.

Nr. 255.

Wittwoch, 1. November 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug
RR. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-
erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Verschwinden an bestimmten Tagen und
Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getrauben- und
inbellostlicher Satz 50%, Zuschlag. Feste Tarife. Gemäßigter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und
Verfallensort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger
oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Der Sieg über den Kommunismus!

Deutschland hat schon am Ende des Weltkrieges Europa vor der Ueberflutung durch den bolschewistischen Kommunismus gerettet. Dies geschah durch die entschlossene und opfermutige Abwehr verdankt wir den Kräften, die in der tiefsten Not des besiegten Vaterlandes die Treue hielten, den Frontsoldaten des Weltkrieges. In den Freiheitskämpfen rote Anarchie zu überwinden. Was sie für Deutschland und für die gesamte abendländische Kultur damit geleistet haben, wurde weder von den damaligen deutschen Machthabern noch von den westlichen Siegermächten gewürdigt, die sie ebenfalls vor der Ausbreitung des Bolschewismus bewahrt haben. Deutschland richtete in den Jahren 1919 bis 1920 einen Schutzwall gegen die bolschewistische Gefahr auf, aber dieser Wall drohte während der letzten Jahre der Weltarbeitslosigkeit einzusinken. An dem sozialen Chaos, das seit etwa 1920 in der Welt immer ärger um sich griff, trugen die ehemaligen Siegermächte durch ihre Reparationspolitik einen beträchtlichen Schuldanteil.

Aber nicht sie haben das neu heraufstehende kommunistische Gespinnst vertrieben, sondern wieder mußte Deutschland allein in die Bresche springen und diese ungeheure Bedrohung von der gestifteten Welt abwenden. Es blieb dem neuen Staat Adolf Hitlers vorbehalten, hier die Gefahrenquelle von Grund auf zu verstopfen. Der deutsche Bürger und Arbeiter hat die Schrecknisse, die ihm bevorstanden, vielfach unterschätzt, bis ihm das neue nationale Regiment die Augen öffnete. Ohne das entschlossene Zugreifen der nationalsozialistischen Führung wären wir in diesem Frühjahr einem furchterlichen bolschewistischen Brand- und Mordterror ausgeliefert gewesen.

Dann wäre es allerdings zu spät geworden, um noch Freiheit und Gleichberechtigung zu fordern. Dann hätten wir in Chaos und Elend auch nicht für Europa und die Welt ehrliche, aufbauwillige Partner sein können. Weil wir unsere inneren Geschicke gegen die Bedrohung durch den völkerverderbenden Kommunismus wehrten konnten, haben wir einen moralischen Anspruch darauf, von der gesamten zivilisierten Welt als freie Bundesgenossen des Friedens und der Ordnung gemeldet zu werden.

Keine übermäßige Inanspruchnahme von Hitlerjugend und Jungvolk. Ein Erlaß des Reichsinnenministers.

11 Berlin. Reichsminister des Innern Dr. Frick hat in einem Erlaß an den Jugendführer des Reiches der Vorkriegs- und Nachkriegs-Generation, daß die Hitlerjugend, namentlich das Jungvolk, durch zu starke Inanspruchnahme, insbesondere bei Kundgebungen und bei der Vorbereitung der Wahl am 12. November durch zu weite An- und Abmarschwege überanstrengt, der notwendigen Nachruhe beraubt und dadurch an der Gesundheit gefährdet werden könnten. Der Reichsminister des Innern hat daher den Jugendführer gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß das Jungvolk möglichst nicht nach Einbruch der Dunkelheit oder gar noch in den späten Abendstunden zum Dienst herangezogen wird. Auch der Dienst der Hitlerjugend soll sich höchstens einmal in der Woche auf den Abend ausdehnen und damit nur solange, daß sie sich im allgemeinen spätestens um 22 Uhr zu Hause befinden.

Die Gesundheit unserer Jugend ist ein kostbares, sorgsam zu hütendes Gut. Der Reichsminister des Innern erwirkt daher, daß seinem Erlaß von allen in Betracht kommenden Stellen Rechnung getragen wird. Die Landesregierungen sind entsprechend verständigt.

Sächsische Industrielle und Wirtschaftsführer!

Die Gauleitung Sachsen der NSDAP versammelt am Sonnabend, den 4. November 1933, vormittags 10.30 Uhr im großen Saal des Künstlerhauses, Eingang Albrechtstraße, in Dresden Vertreter der sächsischen Industrie aus der Amtshauptmannschaft Dresden-Baugen zu einer Kundgebung.

Diese soll auch den Industriellen Gelegenheit geben, ihre Verbundenheit mit dem Führer und Volkstanzler Adolf Hitler öffentlich zu betonen und Zeugnis dafür abzulegen, daß auch die Industrie geschlossen hinter der Reichsregierung steht und ihren Maßnahmen politischer und wirtschaftlicher Natur volles Vertrauen entgegenbringt.

Zu dieser Kundgebung spricht der Leiter der Kommission der Wirtschaftspolitik der Reichsleitung der NSDAP in München, Hg. Bernhard Röhlert.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Beitrag von 50 Pf. erhoben. Kartenvorverkauf bei den Kreisleitungen der NSDAP in Zittau, Löbau, Baugens, Riesa, Dresden, Pirna, Dippoldiswalde, Freiberg, Meißen und Riesa.

An dieser Kundgebung nehmen sowohl der Gauleiter und Statthalter Hg. Martin Rutschmann als auch der stellvertretende Gauleiter Innenminister Dr. Frisch sowie die übrigen Minister teil.

Gauleitung Sachsen
Hr. Harbauer, Geschäftsführer.

Neue Schwierigkeiten in Genf.

Zusammentritt des Abrüstungsbüros verschoben?

11 Genf. Wie verlautet, scheint der Plan Gendersons, das Büro der Abrüstungskonferenz schon zum 2. November einzuberufen, gescheitert zu sein. Man erinnert sich, daß das Büro der Abrüstungskonferenz am vergangenen Donnerstag beschlossen hatte, erst am 9. November wieder zusammenzutreten. Es waren kaum 24 Stunden vergangen, als Genderson durch ein offizielles Völkerbundskomitee der Öffentlichkeit mitteilen ließ, er habe die zuverlässige Hoffnung, daß er das Büro schon früher, und zwar zum 8. November, einzuberufen könne, damit die Arbeiten der Abrüstungskonferenz fortgesetzt werden könnten. Die Gründe, die Genderson zu diesem plötzlichen Entschluß, der allgemein große Ueberbahrung hervorrief, veranlassen, sind im Dunkel geblieben. Zweifellos wollte man mit der früheren Einberufung des Büros den Eindruck erwecken, daß die Abrüstungskonferenz es nunmehr sehr ernst mit ihrer Aufgabe nehme. Man wird sehr vielleicht behaupten, daß Datum des 8. November liehe sich deshalb nicht einhalten, weil an

diesem Tage die neue französische Regierung sich dem Parlament vorstelle. Der wahre Grund ist aber der, daß bei einer Reihe maßgebender Delegationen der plötzliche Entschluß Gendersons auf Widerstand gestoßen ist.

Abfragen und Abreisen in Genf.

11 Berlin. Das Völkerbundskomitee hat gestern vormittag folgendes Communiqué veröffentlicht: Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Genderson, hat beschlossen, das Datum vom 9. November für die Einberufung beizubehalten, da sich gewisse materielle Schwierigkeiten einer früheren Zusammenkunft entgegenstellen. Der seit einer früheren Zusammenkunft entgegengesetzten amerikanischen Delegierte Norman Davis reist heute abends von Genf ab. Nach einer Verlesung wird er in Paris übernachten, dort aber keine politischen Besprechungen haben.

Große Eröffnungsfeierung des Werberats der deutschen Wirtschaft.

Ansprachen der Minister Dr. Goebbels und Dr. Schmitt.

11 Berlin. Der Werberat der deutschen Wirtschaft hielt am Montag in Berlin seine erste Sitzung ab. Staatssekretär Jung gab dabei bekannt, daß nach den Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Wirtschaftswerbung der Werberat als öffentlich-rechtliche Körperschaft errichtet wurde. Präsident des Werberates wurde Ministerdirektor Ernst Reichard, Geschäftsführer sind Dr. Heinrich Gunkel, Berlin, Erwin Hinkeljäger, München und Amtsgerichtsrat Dr. Carol Edler von Braunmühl. Dr. Gunkel ist gleichzeitig händiger Vertreter des Präsidenten. Der Vorsitz im Verwaltungsrat des Werberats hat Staatssekretär Jung selbst übernommen. Im übrigen sind zunächst in den Werberat eine Anzahl führender Persönlichkeiten aus allen deutschen Wirtschaftszweigen berufen worden.

Die erste Sitzung des Werberats eröffnete Staatssekretär Jung, indem er die vorstehenden Mitteilungen bekanntgab und kurz die Aufgaben des Werberates schilderte.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt, der hierauf das Wort nahm, gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der wichtige Zweig der Wirtschaftswerbung von neuen Kräften auf besondere Weise gefördert werde. Der Werberat solle Mittel sein zwischen dem für die Führung der Wirtschaftspolitik verantwortlichen Reichswirtschaftsministerium und dem wirtschaftenden Menschen, damit dieser vertraut werde mit den Absichten der Reichsregierung und sein privates Wollen und Handeln voll einlehen könne für das große Aufbauprogramm der Reichsregierung. Das Ministerium betrachte die Errichtung des Werberats als eine Förderung der Gemeinwohlwerbung und es begründe den Werberat nicht zuletzt auch im Interesse des deutschen Außenhandels. Bei der heute angedachten Wirtschaftsentwicklung müsse Deutschland in erster Linie seine eigene nationale Wirtschaft pflegen und auf ihr aufbauen. Das könne aber für uns nicht heißen, daß sich Deutschland in der Rolle von

der Welt abschlebe, wie andere Staaten es könnten, die über eine ausgedehnte Rohstoffbasis verfügen. Der Minister schloß mit dem Hinweis darauf, daß Deutschlands nationale und wirtschaftspolitische Ziele nicht gegen das Ausland gerichtet seien.

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels hob in seiner Ansprache hervor, daß Wirtschaftswerbung der Wirtschaft und damit dem ganzen Volke diene. Durch die Zukunftsabstimmung des Herrn Reichskanzlers vom 21. Juni sei dieses Gebiet dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda übertragen. Das sei auch sinngemäß, denn dieses Ministerium habe die Aufgabe, die gesamte geistige Führung der Nation in die Hand zu nehmen. Durch das Gesetz über den Werberat habe die Reichsregierung das gesamte öffentliche und private Werbungs-, Anzeigen-, Ausstellungs-, Messe- und Reklamewesen der Aufsicht des Reiches unterstellt. Sie habe das nicht getan, um der Wirtschaft bürokratischen Zwang aufzuerlegen oder gar die Privateinitiative durch staatliche Werbung zu erlösen. Private Initiative solle auch auf dem Gebiete der Wirtschaftswerbung ausschlaggebend sein. Nur Ueberbahrungen des Individualismus seien zu beseitigen, Klarheit, Wahrheit, Sauberkeit und Geschlossenheit der Wirtschaftswerbung müßten erstrebt werden. Wie der neue Staat ein sauberer Staat ist, der die Korruption vernichtet, so sollten nunmehr auch Unwahrheiten in der Werbung und unanständiger Konkurrenz unmöglich gemacht werden. Wenn das Vertrauen in die Wahrheit der Propaganda verloren sei, dann sei damit auch ihre Wirkung verloren. Der Werberat solle keine neue Belastung der schwer leidenden deutschen Wirtschaft darstellen. Er solle wohl aber der Förderung des Ablasses deutscher Waren und deutscher Leistungen im Ausland dienen. Er solle den Ehrlichen kräftigen und den Unehrlichen die Wirtschaftswerbung unmöglich machen.

Der Wahlkampf hat begonnen.

Mobilmachung des deutschen Willens.

11 Berlin. Der Führer rief uns auf und wieder steht ganz Deutschland im Zeichen des Kampfes. So schreibt der „Völkische Beobachter“ an der Spitze seiner heutigen Ausgabe: er fährt fort: Alles ist vergessen an kleinen Dingen oder an Mißverständnissen vor den großen Forderungen der Nation auf Gleichberechtigung und Frieden. Ueberall, in den großen Städten bis hinein in das letzte Dorf, da trommeln die Führer und Redner der Bewegung und die Massen marschieren auf unter dem Datenzug. Eine gewaltige Mobilmachung des deutschen Willens geht durch das Land. Damit der 12. November Zeugnis ablege, nach innen von dem Vertrauen zum neuen Staat und seinem Führer, nach außen von dem unerlöschlichen Willen des einzigen Deutschlands auf sein Recht in der Welt.

Das Tragen von Uniformen durch Mitglieder der Abstimmungsvorkände.

11 Berlin. Der Reichsminister des Innern hat das für die früheren Reichstagswahlen erlassene Verbot des Tragens von Uniformen und Parteiflaggen durch Mitglieder der Abstimmungsvorkände aufgehoben.

Hierls Wahlaufruf an den Arbeitsdienst.

11 Berlin. Staatssekretär Hierl hat in seiner Eigenheit als Führer des Reichsverbandes deutscher Arbeitsdienstvereine den nachstehenden Aufruf an den Arbeitsdienst gerichtet:

Kameraden vom Arbeitsdienst! Der Führer und Volkstanzler hat das deutsche Volk aufgerufen, sich am 12. November zu seiner Politik eines Friedens in Ehren zu bekennen. Bringt das feinste Vertrauen und die unerschütterliche Treue, die jeden rechten Arbeitsdienster mit dem Führer verbindet, bei der Wahl am 12. November zum Ausdruck. Sorgt dafür, daß alle eure Bekannten dem Ruf des Führers folgen! Delft in jeder Weise mit, daß die Wahl am 12. November eine überwältigende Kundgebung des Vertrauens zu unserem Führer wird! Das Ausland soll erkennen, daß das Deutsche Volk wie ein Mann zum Führer steht, entschlossen, ihm auf allen Wegen zu folgen. Es geht um eure und des ganzen Volkes Zukunft! Ich vertraue darauf, daß jeder Kamerad vom freiwilligen Arbeitsdienst seine Pflicht tut!

ges. Hierl.

Todesurteil

wegen Ermordung eines SA-Mannes.

11 Oels. Das Landgericht hat den Angeklagten Gerber wegen Mordes an dem SA-Mann Dolter zum Tode verurteilt.